

**Antrag der Caritas im Jugendhilfeausschuss am 14.05.2024:**

## **Zukünftiger Umgang mit dem Fachbereich Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Schulverweigerung im Landkreis Peine**

Bereits seit Mai 2023 beschäftigt sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Thema der Schulverweigerung. In diesem Zuge hat Frau Kappermann-Schnitzer (Caritas), als zuständige Stelle für OWI / 2. Chance bei Schulverweigerung für diesen Bereich gemeinsam mit Herrn Anton (Landkreis) die aktuelle Situation so eindrucksvoll dargestellt, dass daraus mehrere Presse-Veröffentlichungen erwachsen sind. In dem Zuge hat auch der Jugendhilfeausschuss diesem Fachbereich der Jugendhilfe eine große Wichtigkeit eingeräumt.

Im Rahmen der Corona-Pandemie haben viele Kinder und Jugendliche den Anschluss an die Schule verloren. Die Folge ist ein massiver Anstieg in diesem Bereich der Jugendhilfe. So wird Frau Kappermann-Schnitzer immer mehr in Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe/-sozialarbeit im Landkreis zur generellen Information und zur Verständigung über Einzelfälle angefragt wird. Ebenso werden regelmäßig Familien von der Erstkontaktstelle des Jugendamtes direkt an die Jugendberatung verwiesen.

Wie bereits auf der letzten Sitzung berichtet wurde, ist durch die Rücknahme einer Personal-Abordnung für diesen Bereich eine Reduzierung des Kontingentes um 20 Wochenstunden erfolgt. Von der Caritas angekündigt und beantragt war jedoch eine Aufstockung der Arbeitskapazitäten, die dem Haushaltssicherungskonzept zum Opfer gefallen sind. So kann auch das Amtsgericht, das in enger und gut funktionierender Kooperation mit der Fachstelle des Caritasverbandes steht, die aktuelle Situation nicht gut nachvollziehen.

In der vergangenen Sitzung wurde von der Verwaltung angedeutet, dass man das "Gesamtkonstrukt" prüfen müsse, um zukünftig ein geeignetes Model der Bearbeitung von Schulverweigerung zu finden. Dies wurde auf der Arbeitsebene bereits aufgenommen. Bis zu einem abschließenden Ergebnis muss jedoch die praktische Arbeit fortgesetzt werden. Die Jugendlichen können nicht dem Sparzwang des Landkreises Peine ausgesetzt werden und warten müssen, bis sie mehrfach dreistellige Stunden ableisten können bzw. deshalb in den Jugendarrest gehen müssen. Diese Auffassung teilt das Amtsgericht in Peine ebenfalls.

Der Fachbereich Jugendberatung muss weiterhin auskömmlich bearbeitet werden. Mit dem vorhandenen Stundenkontingent können die Verfahren der Schulabsentisten noch maximal bürokratisch verwaltet werden. Der Anspruch des Caritasverbandes ist jedoch ein anderer.

Aus diesem Grund beantrage ich die Fortsetzung der Arbeit des Fachbereiches mit einem zusätzlichen Kontingent von 19,5 Stunden / Woche, das so lange aufrecht erhalten bleibt, bis das sogenannte Gesamtkonstrukt fertiggestellt ist und umgesetzt werden kann.

Peine, den 08.05.2024

Für den Antrag:  
Angela Denecke, Caritas